

„Wissenschaftliches Entwicklungskonzept“, „Harmonische Gesellschaft“ und „Eigenständige Innovation“: Neue parteipolitische Prioritäten unter Hu Jintao

Heike Holbig

Einleitung

Vom 8. bis 11. Oktober traf in Beijing das rund 350-köpfige Zentralkomitee (ZK) der KPCh zu seiner alljährlichen Plenartagung zusammen. Traditionell wird über den Verlauf und die Diskussionsinhalte dieses Ereignisses strenge Diskretion gewahrt, und nur abgestimmte Ergebnisprotokolle dringen an die Öffentlichkeit. Nach wie vor sind es die jährlichen Herbstsitzungen des ZK, auf denen zwischen den alle fünf Jahre stattfindenden nationalen Parteitagungen wichtige parteipolitische Ziele formuliert, Entscheidungen getroffen und Weichen für die weitere Arbeit von Partei und Regierung gestellt werden.

Besondere Umstände prägten das diesjährige Plenum des ZK, das fünfte seit dessen Konstituierung auf dem XVI. Parteitag der KPCh im November 2002, der auch den Wechsel von der dritten auf die vierte Führungsgeneration unter Hu Jintao markiert hatte. Von seinem Vorgänger Jiang Zemin hatte Hu Jintao im Herbst 2002 zunächst nur das Amt des Generalsekretärs der KPCh übernommen, im März 2003 war er ihm in dessen Funktion als Staatspräsident, aber schließlich erst im November 2004 in dessen drittem Spitzenamt als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission nachgefolgt. Das jüngste ZK-Plenum stellte damit das erste Spitzentreffen der Partei dar, über das Hu Jintao in uneingeschränkter Machtfülle als höchster Vertreter von KPCh, Regierung und Militär präsierte. Vor diesem Hintergrund hatten Hongkonger Kommentatoren im Vor-

feld der Plenarsitzung mit einigen personellen Eingriffen Hu Jintao innerhalb der KPCh-Führungselite gerechnet, um seine politische „Hausmacht“ zu konsolidieren und die verbleibenden Einflussphären der „Shanghai-Fraktion“ um Jiang Zemin weiter zu reduzieren.¹ Zur großen Enttäuschung dieser Kommentatoren kam es jedoch zu keinerlei sensationellen personalpolitischen Entscheidungen. Stattdessen stand im Mittelpunkt der Bemühungen der neuen Führungsspitze ganz offensichtlich der Versuch, die seit 2002 gesetzten parteipolitischen Akzente zu bündeln und ein eigenständiges und umfassendes politisches Programm zu formulieren, das als tragfähige Grundlage der Parteipolitik bis ins zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts hinein dienen soll.

Konkreter Anlass für eine systematische Ausformulierung der politischen Programmatik der vierten Führungsgeneration unter Hu Jintao war insbesondere die Tatsache, dass mit dem Beginn des bevorstehenden Jahres die Verabschiedung eines neuen Fünfjahresplans für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes in den Jahren 2006-2010 ansteht. Seit der Einführung der planwirtschaftlichen Institution fortlaufender Fünfjahrespläne im Jahr 1953 wurden in der Volksrepublik insgesamt zehn solcher Pläne verabschiedet und – meist mit nicht unerheblichen Modifikationen im Zeitverlauf – umgesetzt. Für die elfte Planungsperiode 2006-2010 wurde nun erstmalig die Bezeichnung eines „Fünf-Jahres-Programms“ (*guihua* statt wie bisher *jihua*; Entwurf abgedruckt in RMRB, 19.10.05) gewählt, um, wie die

¹ Insiderinformationen zu Folge soll Hu Jintao versucht haben, Li Keqiang, Parteisekretär der Provinz Liaoning, als neues Politbüromitglied zu lancieren. Der 50-jährige Li Keqiang, der an der renommierten Beijing-Universität einen Dokortitel im Fach Wirtschaft erworben hat, gilt als enger Vertrauter Hu Jintaos und prominenter Vertreter des weitgespannten Netzwerks des Kommunistischen Jugendverbandes und ist angeblich Hu Jintaos Wunschkandidat für seine persönliche Nachfolge. Spekuliert wurde ferner über eine mögliche Ablösung Chen Liangyus, eines Mitglieds der so genannten „Shanghai-Fraktion“, im Amt des Shanghai Parteisekretärs, nachdem dieser durch seinen Widerstand gegen die von Ministerpräsident Wen Jiabao im vergangenen Jahr verordnete restriktive Fiskal- und Investitionspolitik den Zorn der Parteispitze erregt haben soll. Als mögliche Nachfolger Chen Liangyus sollen zwei weitere Vertraute Hu Jintaos gehandelt worden sein, nämlich Liu Yandong, die Leiterin der ZK-Einheitsfrontabteilung der KPCh, sowie Zhang Gaoli, Parteisekretär der Provinz Shandong. Das Ausbleiben entsprechender personalpolitischer Schritte auf der jüngsten ZK-Plenartagung werteten Hongkonger Kommentatoren wiederum als Beleg, dass die „Shanghai-Fraktion“ auch nach dem Ausscheiden Jiang Zemins aus dem aktiven politischen Leben nach wie vor erheblichen politischen Einfluss genieße (SCMP, 6., 9., 10.10.05; *Apple Daily*, 4., 9., 12.10.05; ST, 8.10.05; WSJ, 30.9.05).

staatlichen Medien erläuterten, den erfolgreichen Übergang von der leninistischen Plan- zu einer modernen Marktwirtschaft zum Ausdruck zu bringen. Trotz dieser neuen Wortwahl hat sich am Formulierungsprozess offenbar wenig geändert, in dem die KPCh nach wie vor die zentralen politischen Vorgaben macht, die dann von den verschiedenen Ressorts detailliert ausgestaltet und im darauf folgenden März vom Nationalen Volkskongress formal abgesehen werden.

Wie im folgenden Beitrag zu zeigen sein wird, reflektieren die auf der jüngsten ZK-Plenartagung vorgelegten Dokumente in der Tat eine neue parteipolitische Prioritätensetzung, mit der sich die neue vierte Führungsgeneration offenbar gezielt von ihrer Vorgängergeneration abzuheben versucht. Die Stärke der neuen Politik scheint dabei vor allem in der konzisen Analyse bestehender Schwächen und Risiken zu liegen. Selten zuvor war in offiziellen Parteidokumenten so viel über Widersprüche, Probleme und Herausforderungen zu lesen. Mit der Entscheidung, bestehende Probleme offen beim Namen zu nennen, verbindet sich offensichtlich die Hoffnung, das Vertrauen der Bevölkerung in die Fähigkeit der Führung zur Erkenntnis und Lösung derselben zu stärken. Weniger konzis und glaubwürdig fallen allerdings die anvisierten Lösungsstrategien selbst aus, die in ihrer bisherigen rhetorischen Formulierung eher visionären als Implementierungscharakter haben. Damit stellt sich die Frage, ob es der neuen parteistaatlichen Führung mit ihrer neuen „Offenheit“ gelingen wird, in der Bevölkerung Vertrauen zu generieren, oder ob sie nicht vielmehr dazu beiträgt, die Kluft zwischen gesellschaftlichen Problemlösungserwartungen und tatsächlicher politischer Handlungsfähigkeit noch zu vergrößern.

Problemanalyse

Seit jeher hat es zu den dialektischen Ritualen sozialistischer Parteirhetorik gehört, in offiziellen Ansprachen und Dokumenten pro forma einige Probleme anzusprechen, um die positiven Leistungen und Erfolge der Parteipolitik umso deutlicher herauszustellen. Die diesjährigen Dokumente der ZK-Plenartagung gehen über dieses rhetorische Ritual allerdings weit hinaus, indem sie eine Analyse bestehender, teilweise durchaus brisanter wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Probleme betreiben, die sich mit der tatsächlichen Problemwahrnehmung inner- und außerhalb Chinas weitgehend decken dürfte.

Wie einer offiziellen Rückschau auf den Verlauf der Formulierung des „Fünf-Jahres-Programms“ zu entnehmen ist, haben das ZK der KPCh, der Staatsrat und die Staatliche Kommission für Entwicklung und Reform bereits seit 2003 Expertengutachten zu den verschiedenen Problemfeldern ausgeschrieben. Neben ministeriellen Forschungseinrichtungen auf nationaler und regionaler Ebene haben demnach auch die Regionalbüros der Weltbank und verschiedene Einrichtungen der Vereinten Nationen mit ihrer Expertise beigetragen. Auf der Grundlage dieser Studien wiederum wurden Ende 2004

unter persönlicher Anordnung Hu Jintaos 22 Problemfelder identifiziert, zu denen vertiefende Expertengutachten in Auftrag gegeben wurden. Zu den 22 Themen zählten unter anderem Probleme der ländlichen Wirtschaft, die Energieknappheit, regionale Entwicklungsdisparitäten, die wachsende Ungleichheit der Einkommensverteilung, Fragen der Bevölkerungsentwicklung, Arbeitslosigkeit und soziale Sicherungsprobleme sowie ökologische Probleme. Im Februar 2005 wurde schließlich ein 50-köpfiges Team aus Parteivertretern und Akademikern gebildet, um unter der Federführung von Ministerpräsident Wen Jiabao und Politbüromitglied Zeng Peiyan, dem früheren Leiter der ehemaligen Staatlichen Kommission für Entwicklungsplanung und jetzigen Stellvertretenden Staatspräsidenten, sowie unter der ständigen Aufsicht des Ständigen Ausschusses des Politbüros und unter wiederholter persönlicher Einschaltung Hu Jintaos, eine Blaupause für das 11. „Fünf-Jahres-Programm“ zu entwerfen (Xinhua, 26.10.05, nach BBC PF, 14.11.05).

In der öffentlichen Mediendiskussion traten insbesondere Think-Tank-Vertreter wie Li Junru, Vizepräsident der Zentralen Parteischule der KPCh, Zheng Bijian, Vorsitzender des dem Staatsrat zugeordneten „China Reform Forums“, Hu Angang, Leiter des Zentrums für Chinastudien an der Qinghua-Universität, Experten von Forschungsabteilungen innerhalb der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform, sowie Forscher und Professoren der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, der Polytechnischen Universität Beijing und der eher regierungskritischen Beijing-Universität in Erscheinung (Zhongguo Xinwen She, 9., 10.10.05, nach BBC PF, 10., 12.10.05; XNA, 8., 12.10., 3.11.05; *Ming Pao*, 12.10.05; zur wachsenden Bedeutung dieser und anderer Think Tanks und universitärer Forschungseinrichtungen im politischen Entscheidungsprozess vgl. Derichs/Heberer/Sausmikat 2004: 109-189).

Das Ergebnis dieses ausgiebigen Konsultationsprozesses mit Politikberatern und Wissenschaftlern ist ein breites Tableau ökonomischer, sozialer und ökologischer Probleme, die die parteistaatliche Führung nicht nur erkannt zu haben, sondern in den kommenden fünf Jahren zumindest ansatzweise auch zu bewältigen anstrebt. Wie die Xinhua-Nachrichtenagentur zum Anlass des ZK-Plenums formulierte, handle es sich bei der Planungsperiode des nächsten Fünf-Jahres-Programms um eine in doppelter Hinsicht „historische“ Epoche: Einerseits stünden China „goldene Jahre“ für die nationale Entwicklung bevor, andererseits stehe man vor einer „Periode ausgeprägter Widersprüche“ (*maodun tuxian qi*) (Xinhua, 7.10.05; RMRB, 10.10.05). Konkret wurden im Kontext bzw. engen zeitlichen Umfeld der Plenartagung in den staatlichen Medien die folgenden Problemfelder benannt:

- Trotz des hohen Wirtschaftswachstums und insgesamt steigenden Wohlstands ist die sozioökonomische Entwicklung Chinas stark unausgewogen und befindet sich nach wie vor auf einem niedrigen Stand. Wie Hu Jintao auf einem Treffen der

Finanzminister der G20-Staaten Mitte Oktober nicht zu betonen vergaß, zählt sich die Volksrepublik ungeachtet ihrer dynamischen Wirtschaftsentwicklung nach wie vor zu den Entwicklungsländern. Mit einem Gini-Koeffizienten von mittlerweile 0,47 ist die bei 0,40 angesetzte Alarmschwelle sozialer Ungleichheit dabei nach internationalen Maßstäben bereits überschritten.

- Die wachsende Energieknappheit und die sich verschärfenden ökologischen Probleme stehen zunehmend im Konflikt mit einem anhaltend hohen Wirtschaftswachstum. Insbesondere die weit verbreitete Verschwendung von Energieressourcen ist zu einem zentralen Problem geworden. Wie aus jüngsten chinesischen Statistiken hervorgeht, verbrauchte die Volksrepublik im Jahr 2004 12% der globalen Energie- und 15% der Wasserressourcen, um 4% des globalen GDP zu erwirtschaften. Die Dominanz so genannter „groschlächtiger“ (*cuguang*) Industriezweige gilt nicht länger nur als Imageproblem, sondern ist inzwischen als ein echter Hemmschuh für die weitere volkswirtschaftliche Entwicklung erkannt worden.
- Die Entwicklungsdisparitäten zwischen Stadt und Land drohen weiter zu wachsen. Marktwirtschaftliche Prozesse sind für eine anhaltende Landflucht verantwortlich, die aus der Perspektive der Arbeitsmobilität, steigender Produktivität und Wertschöpfung zwar generell zu begrüßen ist, angesichts eines fehlenden sozialen Sicherungssystems aber zu erheblichen sozialen Spannungen führt. Ländliche Räume drohen so nach und nach zu atrophieren, während die soziale Situation in Großstädten mit starken Migrantenanteilen zunehmend angespannt ist.
- Die regionalen Entwicklungsdisparitäten innerhalb Chinas haben im Lauf der Reformperiode Ausmaße erreicht, die das Land langfristig in eine prosperierende Küstenwirtschaft und eine stagnierende Peripherie zu spalten drohen, sofern durch eine gezielte Regionalpolitik nicht aktiv gegengesteuert wird.
- Mit wachsendem Wohlstand, fortschreitender Pluralisierung und verstärkter Ausprägung distinkter sozialer Schichten in der chinesischen Bevölkerung kommen neue Herausforderungen auf die Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik zu. Die Probleme in diesen Bereichen wiegen umso schwerer, als die bisherigen Reformversuche im öffentlichen Gesundheitswesen und im Bereich ländlicher Schulpflicht weitgehend als gescheitert gelten. So ist chinesischen Statistiken zu Folge der Anteil von Menschen ohne jeglichen Zugang zu Krankenversicherungen von 900 Mio. (67,8%) im Jahr 1993 auf eine Milliarde (80,7%) im Jahr 2003 gestiegen. Auch in urbanen Regionen ist der Anteil gewachsen, und zwar von 96,53 Mio. im Jahr 1993 auf 300 Mio. im Jahr 2003.

- Die Innovationskapazitäten der chinesischen Volkswirtschaft gelten als stark eingeschränkt. Insbesondere fehlt es auch den großen Staatsbetrieben und Konzernen, die am ehesten als multinationale Akteure aufzutreten in der Lage sein sollten, an ausreichenden Kapazitäten für Forschung und Entwicklung. Generell verfüge China bislang nicht über ausreichende Humanressourcen und technologisches Know-how, um Innovationen aus eigener Kraft voranzutreiben. Verstärkt werden diese strukturellen Probleme durch die mangelnde Durchsetzbarkeit intellektueller Eigentumsrechte.
- Nach Ablauf der fünfjährigen Übergangsperiode nach dem Beitritt der Volksrepublik China zur Welthandelsorganisation im Dezember 2001 wird der internationale Wettbewerbsdruck ab 2007 mit unverminderter Schärfe zu spüren sein. Dazu kommt die unsichere internationale Lage, in der die Volksrepublik zunehmend mit dem Widerstand wirtschaftlicher und politischer Konkurrenten zu rechnen hat. (Zhongguo Xinwen She, 9.10.05, nach BBC PF, 10.10.05; RMRB, 25.10.05; Xinhua, 3., 4.11.05, nach BBC PF, 5., 7.11.05; XNA, 11.10.05; TKP, 20.9., 13.10.05; vgl. Lam 2005)

Wie dieser Überblick über die Medienberichterstattung im zeitlichen Umfeld der jüngsten ZK-Plenartagung zeigt, scheint die neue parteistaatliche Führung unter Hu Jintao drängende wirtschaftliche, soziale und ökologische Probleme sowie den damit verbundenen Handlungsbedarf durchaus erkannt zu haben. Grundsätzlich spricht es durchaus für die politische Gestaltungs- und Steuerungsfähigkeit des chinesischen Partei Staates, dass die bestehenden Probleme unter Zuhilfenahme interner und externer Expertise analysiert und in dieser Art und Weise für den politischen Entscheidungsprozess, aber auch für die öffentliche Diskussion aufbereitet werden. Hier zeigt sich auch, dass die parteistaatliche Führung trotz fehlender demokratischer Kontrollmechanismen unter Druck steht, sich an veränderte gesellschaftliche Realitäten anzupassen, und dass sie generell dazu bereit ist, sich neuen Herausforderungen zu stellen und sich gegenüber der Eigendynamik sozialer und wirtschaftlicher Entwicklungen responsiv zu zeigen. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit sich auch tragfähige Ansätze zur Lösung der erkannten Probleme abzeichnen, die über rein symbolische Willensbekundungen hinausgehen.

Visionen

In den offiziellen Dokumenten, Presseberichten und Kommentaren im Umkreis des ZK-Plenums finden sich in der Tat verschiedene neue Konzepte und Visionen, die auf eine neue parteipolitische Prioritätensetzung unter Hu Jintao hindeuten. In klarer Abkehr vom bisherigen

Entwicklungsmodell hohen quantitativen Wirtschaftswachstums und der Inkaufnahme wachsender sozioökonomischer Entwicklungsdisparitäten, schwenkt die neue Führungsgeneration seit 2002 – zumindest rhetorisch – auf ein Modell nachhaltiger Entwicklung um, das qualitative soziale und ökologische Faktoren berücksichtigt und einen Abbau sozioökonomischer Disparitäten anstrebt. Die neuen Prioritäten kommen insbesondere in Gestalt dreier seit 2004 entwickelter Visionen zum Ausdruck, die das Abschlusskommuniqué der jüngsten ZK-Tagung und andere jüngst veröffentlichte Parteidokumente durchziehen.

„Wissenschaftliches Entwicklungskonzept“

Das so genannte „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ (*ke xue fazhan guan*) war im parteipolitischen Diskurs bereits Anfang 2004 geprägt worden (vgl. C.a., 2004/1, Ü 7). Implizit nimmt das Konzept die langjährige Kritik internationaler Ökonomen an einer rein quantitativen Wachstumsstrategie mit ihren negativen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Folgen auf und fordert stattdessen eine „umfassende, koordinierte und nachhaltige Entwicklung“. Während in der Außerdarstellung des Konzepts der Aspekt der Nachhaltigkeit im Vordergrund steht, betonen die inländischen Medien vor allem den „wissenschaftlichen“ Charakter des neuen Entwicklungskonzepts. Herausgestellt wird damit vor allem die Qualifikation des Parteistaates, einen solchermaßen fortschrittlichen Ansatz zu formulieren und umzusetzen. Das Attribut der „Wissenschaftlichkeit“ knüpft dabei ideologisch an das historisch geprägte Wahrheits- bzw. Wissensmonopol der KPCh an, das sie als ursprünglich leninistische Partei beansprucht. Damit hat das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ vor allem auch eine politische Legitimationsfunktion, indem es der KPCh bei der Erkenntnis und der Bewältigung bestehender Probleme die zentrale Rolle zuweist.

In eine legitimatorische Stoßrichtung weist auch die konkrete Ausgestaltung des Konzepts. Wie im Rahmen des „wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“ argumentiert wird, haben die wachsenden Diskrepanzen zwischen ländlicher und städtischer Entwicklung, die erheblichen regionalen Einkommensunterschiede und die zunehmende Umwelt- und Ressourcenbelastung die Defizite eines Entwicklungskonzeptes aufgezeigt, das ausschließlich auf quantitativen wirtschaftlichen Wachstumsindikatoren fußt. Auf diese erkannten Defizite reagiert die neue parteistaatliche Führung mit einem „wissenschaftlichen“ Konzept, das eine „fünffache übergreifende Planung“ (*wu ge tongchou*) vorsieht: Angestrebt wird eine koordinierte und ausgeglichene Entwicklung zwischen Stadt und Land, zwischen Regionen, zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, zwischen der Entwicklung des Menschen und der natürlichen Umwelt sowie zwischen binnen- und außenwirtschaftlicher Entwicklung (RMRB, 22.3.04).

Vor dem Hintergrund einer allgemeinen Wahrnehmung wachsender Einkommensdisparitäten und sozialer Ungleichheit stellt das Konzept damit in Aussicht, dass

die KPCh eine ungehinderte Fortsetzung dieser Entwicklungstrends nicht dulden, sondern für einen aktiven Ausgleich zwischen Stadt und Land, zwischen Küsten- und Binnenregionen, zwischen sozial privilegierten und benachteiligten Gruppen sorgen wird. Genährt werden damit zum einen gesellschaftliche Erwartungen nach sozialer Gleichheit und „gerechter“ Einkommensverteilung, während zum anderen die führende Rolle des sozialistischen Parteistaates bei der Realisierung dieser Erwartungen gerechtfertigt wird.

Im Kontext der jüngsten ZK-Plenartagung wurde das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ nunmehr zum obersten Leitprinzip, bzw., wie es in einem Leitartikel der *Volkszeitung* heißt, zur „Leitideologie“ für die weitere Entwicklung des Landes und zum Leitgedanken für die Formulierung des 11. Fünf-Jahres-Programms erhoben (RMRB, 12.10.05). In zahlreichen Reden Hu Jintaos und anderer führender Politiker sowie in Experteninterviews wurde das Konzept als „Garant“ für die Realisierung eines „bescheidenen Wohlstands“ für die gesamte Gesellschaft, für die weitere nationale Modernisierung und den internationalen Aufstieg des Landes gefeiert. Die neue Vision, die sich klar von der Orientierung der Parteipolitik an den Interessen der neuen wirtschaftlichen und sozialen Eliten und Jiang Zemin absetzt, untermauert damit die „Volksnähe“, die die neue parteistaatliche Führung unter Hu Jintao sich seit Ende 2002 auf ihre Fahnen geschrieben hat.

„Harmonische sozialistische Gesellschaft“

Ähnliches gilt auch für die Vision einer „harmonischen sozialistischen Gesellschaft“ (*shehuizhuyi hexie shehui*), die vom jüngsten ZK-Plenum ebenfalls zum parteipolitischen Leitbild erhoben wurde. Das Konzept einer „harmonischen Gesellschaft“ war erstmals in der Resolution des XVI. Parteitags der KPCh im November 2002 formuliert und auf der vierten ZK-Plenartagung im September 2004 näher definiert worden als „eine Gesellschaft, die auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und Gleichheit, Vertrauen und Wahrhaftigkeit, Freundschaftlichkeit und Lebendigkeit, Ordnung und Stabilität sowie auf einer harmonischen Beziehung zur natürlichen Umwelt gründet“. Im Hinblick auf das gesellschaftliche Leben beschreibt die Vision darüber hinaus eine Gesellschaft, „in der alle Menschen ihr Bestes geben, jedes Individuum seinen Platz hat und alle in Harmonie miteinander leben“ (RMRB, 26.9.04).

In einer „wichtigen“ Rede Hu Jintaos vom Februar 2005, die allerdings erst vier Monate später (offensichtlich im Kontext der sozialen Protestwelle im Sommer dieses Jahres) veröffentlicht wurde, bezeichnete dieser die Schaffung einer „harmonischen sozialistischen Gesellschaft“ als „Grundlage für die Konsolidierung der sozialen Herrschaftsgrundlage der Partei und für die Verwirklichung ihrer historischen Führungsaufgabe“ (RMRB, 27.6.05). Wie das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ wird auch das Konzept einer „harmonischen Gesellschaft“ von Hu Jintao persönlich propagiert, um die

führende Rolle der KPCh als Motor der weiteren nationalen Entwicklung zu legitimieren.

Neu erscheint an dieser Vision zum einen das explizite Eingeständnis der Pluralisierung gesellschaftlicher Interessen und der Verschärfung sozialer Widersprüche und Probleme, wie sie Folge des chinesischen Transformationsprozesses sind. Während in der bisherigen Parteihetorik stets die Wahrung sozialer Ordnung und Stabilität durch mehr oder weniger rigide parteistaatliche Kontrollinstrumente im Vordergrund stand, findet sich hier eine grundsätzliche Anerkennung sozialer Komplexität, divergierender gesellschaftlicher Interessen und Pluralisierungstendenzen, die nach rationalen Lösungen der Problemursachen und nach einem aktiven Ausgleich zwischen den divergierenden Interessen verlangen. Neu erscheint an dem Leitbild einer „harmonischen Gesellschaft“ ferner, dass die Partei – zumindest dem Ideal nach – allen Gliedern der Gesellschaft in Aussicht stellt, nicht nur ihre materiellen Bedürfnisse zu befriedigen, sondern Bedingungen zu schaffen, in denen jedes Individuum sich gemäß seiner Fähigkeiten und Neigungen entfalten und damit zur „kreativen Lebendigkeit der gesamten Gesellschaft“ (*shehui de chuangzao huoli*, RMRB, 27.6.05) beitragen kann. Auch wenn diese Versprechungen sich realistisch kaum an die gesamte chinesische Bevölkerung, sondern in erster Linie an die wohlhabenden und gebildeten städtischen Eliten richten dürften, heben sie sich doch deutlich von dem paternalistischen Leitbild früherer sozialistischer Staaten ab, in denen durch materielle Existenzgarantien die soziale Immobilität und politische Loyalität der „Massen“ erkaufte wurde (vgl. Fehér 1982). Damit nähert sich die Vision einer „harmonischen Gesellschaft“ – zumindest ihrem Ideal nach – in gewisser Weise dem „liberalen“ Regierungsleitbild westlicher Industriestaaten an, die ihren Bürgern Chancengleichheit garantieren und ihnen im Gegenzug dafür die Verantwortung für die Übernahme individueller Entscheidungsrisiken übertragen. Zugleich, und in starkem Kontrast zu dem „liberalen“ Leitbild, zielt die neue chinesische Vision auf eine Legitimierung des Führungsmonopols der KPCh – nicht umsonst enthält das Leitbild das Attribut „sozialistisch“ – als der einzigen politischen Kraft, die diese Chancengleichheit zu gewährleisten in der Lage ist (vgl. Holbig, in Vorbereitung)

Im Kontext der jüngsten ZK-Plenartagung verbinden sich mit der Vision einer „harmonischen sozialistischen Gesellschaft“ durchaus konkrete Ambitionen für eine Verbesserung der sozialen Situation insbesondere benachteiligter Gruppen. Wie im Abschlusskommuniqué des Plenums nachzulesen, sollen unter anderem durch eine proaktive Beschäftigungspolitik mehr Arbeitsplätze entstehen, in städtischen und ländlichen Regionen ein funktionsfähiges soziales Grundversicherungssystem und ein für alle bezahlbares öffentliches Gesundheits- und Bildungswesen etabliert, ein gerechtes System der Einkommensverteilung geschaffen und der Trend wachsender Einkommensdisparitäten umgekehrt werden. Durch ihr persönliches Eintreten für diese Vision lassen sich KPCh-Generalsekretär Hu Jintao und

Ministerpräsident – in gewisser Weise demokratisch gewählten Politikern vergleichbar – an der Realisierung dieser populistischen Ziele messen. Überprüft wird die Realisierung der Ziele zwar nicht in der kurzen Spanne, sondern im großzügigeren Rhythmus vager Parteitagebeschlüsse und im Zweifelsfall revidierbarer Fünf-Jahres-Programme, doch ändert dies nichts an der Tatsache, dass den gesellschaftlichen Erwartungen der Gesellschaft an die Politik unter der neuen parteistaatlichen Führung ein zunehmendes Gewicht beigemessen wird.

„Eigenständige Innovation“

Eine dritte Vision, die die Parteidokumente im Umkreis des jüngsten ZK-Plenums durchzieht, ist schließlich die Stärkung der „Fähigkeit zur eigenständigen Innovation“ (*zizhu chuangxin nengli*). Auch dieses Leitbild ist von Hu Jintao seit 2004 mehrfach mit persönlichem Einsatz propagiert worden, so zuletzt auch während einer kollektiven Studiensitzung des Politbüros im Sommer diesen Jahres, wo er die große Bedeutung „eigenständiger Innovation“ für die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes hervorhob (RMRB, 8.10.05). Als Grund für die Notwendigkeit eigenständiger Innovation wird der internationale Wettbewerb genannt, der sich im gegenwärtigen Zeitalter der „globalen wissenschaftlichen und technologischen Revolution“ akut verschärft habe. Dem wachsenden Konkurrenzdruck seien nicht nur einzelne Unternehmen, sondern auch die Volkswirtschaften in ihrer Gesamtheit ausgesetzt. Die Stärkung heimischer Innovationskapazitäten sei daher eine strategische Bedingung für die erfolgreiche Selbstbehauptung Chinas im Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung (*ibid.*).

Seit Beginn der wirtschaftlichen Reformen zu Ende der 1970er Jahre habe die Volksrepublik technologisches Know-how aus dem Ausland importiert, ohne entsprechende eigene Innovationskapazitäten aufzubauen. Die chinesische Volkswirtschaft befinde sich heute damit am unteren Ende der globalen Wertschöpfungsketten, was ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit stark einschränke. Umso wichtiger sei es, dem Aufbau eigener Innovationskapazitäten im zukünftigen Entwicklungsmodell einen zentralen Stellenwert einzuräumen. Dies betreffe zum einen die Industriepolitik, die sicherstellen müsse, dass die Unternehmen vor allem in technologischen Schlüsselindustrien ausreichende Mittel für Forschung und Entwicklung (insbesondere auch für ressourcensparende und ökologisch verträgliche Technologien) bereitstellten und bei Technologieimporten aus dem Ausland ein angemessener Know-how-Transfer gewährleistet werde. Auch den gesetzlichen Rahmen zum Schutz intellektueller Eigentumsrechte gelte es in diesem Zusammenhang zu stärken. Zum anderen müsse das Bildungs- und Wissenschaftssystem insgesamt verbessert werden, um die latenten Humanressourcen der Bevölkerung zu mobilisieren und damit verbesserte Grundlagen für Innovationen aus eigener Kraft zu schaffen. Nur so könne es gelingen, das Wirtschaftswachstum längerfristig auf eine stabile Bahn zu bringen, eine nachhaltige Entwicklung zu sichern und die internationale Wettbe-

werbsfähigkeit Chinas zu stärken (ibid., Xinhua, 29.9., 10., 11.10.05, nach BBC PF 30.9., 11., 12.10.05).

Wie die Analyse der Visionen eines „wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“, einer „harmonischen sozialistischen Gesellschaft“ und „eigenständiger Innovation“ zeigt, enthalten sie sämtlich durchaus innovative Elemente, die eine neue parteipolitische Prioritätensetzung der vierten Führungsgeneration unter Hu Jintao erkennen lassen. Damit reagiert die politische Führung nicht nur auf erkannte wirtschaftliche und soziale Probleme, sondern scheint zugleich bestrebt, ihre eigene Innovations- und Anpassungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und damit das politische Führungsmonopol der KPCh zu legitimieren. Diese populistische Legitimationsoffensive erscheint einerseits als ein durchaus rationaler Schritt, um die politische Macht der Partei im Prozess raschen wirtschaftlichen Wandels und gesellschaftlicher Pluralisierung zu wahren. Andererseits erhöht sich damit im gleichen Maße die Abhängigkeit politischer Entscheidungsprozesse von gesellschaftlichen Erwartungen, die leicht eine Eigendynamik gewinnen können, welche sich der politischen Steuerung entziehen könnte.

Lösungsstrategien

So innovativ und wegweisend diese neuen Visionen teilweise sein mögen, bestehen einige Zweifel an ihrer Realisierbarkeit. Auch wenn die detaillierte Fassung des 11. Fünf-Jahres-Programms erst im Zuge seiner Verabschiedung durch den Nationalen Volkskongress im März 2006 bekannt werden wird, zeichnet sich bereits im nun vorgelegten ZK-Entwurf ab, dass keine klaren Zielstrukturen vorgegeben sind, um die visionären Ziele zu erreichen. Vielmehr erschöpft sich das Abschlusskommuniqué der ZK-Plenartagung in losen Aneinanderreihungen von Aufgabenkatalogen, die keine nachvollziehbare Zielhierarchie, Operationalisierungsvorschläge oder konsistente Zielerreichungsparameter, stattdessen latente Zielkonflikte erkennen lassen (RMRB, 12.10.05, vgl. auch RMRB, 19. 20.10.05).

Bezeichnend ist etwa ein Katalog der „sechs Imperative“ (*liu ge bixu*), der gewissermaßen eine Liste strategischer Ziele darstellt: Danach gilt es im Planungszeitraum des 11. Fünf-Jahres-Programms bis 2010, „eine stetige und verhältnismäßig rasche wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten, den ökonomischen Wachstumsmodus in beschleunigtem Tempo umzustellen, die Fähigkeit zur eigenständigen Innovation (s.o.) zu stärken, die koordinierte Entwicklung von Stadt und Land zu fördern, den Aufbau einer harmonischen Gesellschaft voranzutreiben und die Politik der Reform und Öffnung fortzusetzen“ (RMRB, 12.10.05).

Konkret werden für die nächsten fünf Jahre die folgenden Ziele genannt, unter denen zumindest die ersten beiden miteinander konfliktieren dürften:

- Verdoppelung des Pro-Kopf-GDP des Jahres 2000 bis 2010.

- Signifikante Effizienzsteigerungen beim Einsatz natürlicher Ressourcen mit dem Ziel einer Reduzierung des Energieverbrauchs im Zeitraum 2006-2010.
- Bildung einer Reihe von international wettbewerbsfähigen chinesischen Unternehmen.
- Weitere Vervollkommnung der marktwirtschaftlichen Strukturen und eine ausgewogene internationale Zahlungsbilanz.
- Konsolidierung des Grundbildungssystems mit neunjähriger Schulpflicht und des sozialen Sicherungssystems, Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten in den Städten und weitere Reduzierung der Armut.
- Verbesserung der Einkommenssituation und des Lebensstandards städtischer und ländlicher Haushalte, ein relativ stabiles Preisniveau und Verbesserungen in den Bereichen Wohnungsbau, Verkehr, Bildung, Kultur, öffentliche Gesundheit und Umweltschutz.
- Weitere Fortschritte im Aufbau von Demokratie und Rechtssystem sowie einer geistigen Zivilisation.
- Verbesserung der sozialen Ordnung und Produktionssicherheit sowie Fortschritte beim Aufbau einer „harmonischen Gesellschaft“ (ibid.).

Weiterhin werden als „historische Aufgaben“ aufgeführt: die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur und die Hebung des bäuerlichen Lebensstandards (unter dem Motto „Aufbau eines neuen sozialistischen Landes“, *shehuizhuyi xin nongcun*); die Stärkung der Fähigkeit zur eigenständigen Innovation (s.o.); die Stärkung regionaler Interaktion und Arbeitsteilung zwischen Ost-, Nordost-, Zentral- und Westchina (Fortsetzung der Entwicklungsstrategie für Westchina, Beschleunigung der Sanierung von Industrie- und Agrarstrukturen in Nordostchina, Förderung Zentralchinas als landwirtschaftliche Produktionsbasis und logistisches Bindeglied zwischen Ost und West sowie Stärkung der ostchinesischen Wirtschaft als Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung); ein „gesunder“ Urbanisierungsprozess mit einer koordinierten Entwicklung großer, mittlerer und kleiner urbaner Zentren; und der Aufbau einer „ressourceneffizienten und umweltbewussten Gesellschaft“ (ibid.; TKP, 9.10.05; SCMP, 19.10.05).

Wie diese Zielkataloge erkennen lassen, stellt beinahe jede der gestellten Aufgaben für sich genommen ein Mammutprojekt dar, das bei konsequenter Umsetzung erhebliche politische Energien und finanzielle Ressourcen in Anspruch nehmen würde. Allein die Umsetzung des angekündigten beschleunigten Urbanisierungsprozesses, der dazu beitragen soll, die Ströme überschüssiger ländlicher Arbeitskräfte in ländliche Kleinstädte und regionale Metropolstädte mittlerer Größe zu kanalisieren, impliziert ein gesellschaftliches und administratives Reformvorhaben von historischer Dimension, das

erhebliche soziale Unwägbarkeiten birgt. Auch die Realisierung der Strategie einer koordinierten Regionalentwicklung, gemäß der inzwischen 21 der insgesamt 31 chinesischen Provinzeinheiten staatliche Fördermaßnahmen der einen oder anderen Art beanspruchen können, dürfte bald an die Grenzen der fiskalischen Umverteilungsmöglichkeiten der Zentralregierung und der Solidarität der Provinzeinheiten untereinander stoßen. Gerade in diesem Bereich der Strukturreformen im Haushalts- und Steuersystem und weiterer Verwaltungsreformen, die in den Dokumenten der jüngsten ZK-Plenartagung nur sehr vage angerissen sind, erwarten chinesische und ausländische Experten erhebliche Widerstände und Barrieren, da hier massive Eingriffe in die angestammten Interessen regionaler und ministerieller Bürokratien nötig wären (Zhongguo Tongxun She, 9.10.05, nach BBC PF, 12.10.05; *Ming Pao*, 12.10.05; Lam 2005; WSJ, 12.10.05; SCMP, 3., 8.10.05).

Ausblick

Wie die Untersuchung der Agenda der jüngsten ZK-Plenartagung belegt, hat die vierte Führungsgeneration unter Hu Jintao seit 2002 eine deutliche Neuausrichtung parteipolitischer Prioritäten vollzogen. Über die vergangenen drei Jahre hat eine schrittweise Abkehr von einem Entwicklungsmodell stattgefunden, das zur Generierung möglichst hoher Wachstumsraten sozioökonomische Disparitäten bewusst zuließ und sich – seit 2000 deutlich unter Jiang Zemin – verstärkt an den Interessen der neuen wirtschaftlichen und sozialen Eliten orientierte. In Abgrenzung von diesem Entwicklungsmodell hat die neue parteistaatliche Führung neben ihrem vielzitierten Bemühen um mehr Volksnähe seit 2004 mit ihrem „wissenschaftlichen Entwicklungskonzept“, einer „harmonischen sozialistischen Gesellschaft“ und „eigenständiger Innovation“ eine Reihe von Visionen entworfen, die ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, den gezielten Abbau sozioökonomischer Disparitäten, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit in den Vordergrund stellen. Damit zeigt sich die chinesische Führung durchaus in der Lage, sich den im Transformationsprozess verändernden gesellschaftlichen Realitäten anzupassen sowie bestehende Probleme und den daraus entstehenden Handlungsbedarf zu erkennen.

Deutlich ist vor diesem Hintergrund auch das Bemühen um politische Legitimation, das in einer erhöhten Responsivität der zentralen Führung gegenüber den Interessen insbesondere von sozial benachteiligten Gruppen zum Ausdruck kommt. Durch dieses aktive Bemühen um Akzeptanz in der Bevölkerung begibt sich die parteistaatliche Führung freilich zugleich in eine stärkere Abhängigkeit von – möglicherweise volatilen – gesellschaftlichen Erwartungen. Damit setzt sie sich dem erhöhten Risiko eines Legitimationsverlusts durch den Entzug gesellschaftlicher Akzeptanz aus, falls diese Erwartungen eine unerwartete Eigendynamik entfalten und zu einer breiten Mobilisierung sozialer Proteste führen sollten. Bislang zeichnet sich eine solche Entwick-

lung jedoch nicht ab, da die bisherigen Protestaktionen zumeist gegen isolierte lokale Missstände, nicht aber gegen das politische System als Ganzes gerichtet sind.

Deutliche Defizite lassen sich allerdings in der Formulierung von konkreten Lösungsansätzen und Strategien zu deren Umsetzung erkennen. Wie der bisherige Entwurf des 11. Fünf-Jahres-Programms nahe legt, fehlt es bislang an einer klaren Zielstruktur und an nachvollziehbaren Strategien zur Operationalisierung der zahlreichen, eher willkürlich erscheinenden Programmziele, die teilweise miteinander konfigieren. Abgesehen von diesen konzeptionellen Schwächen besteht die Problematik aber vor allem im Bereich der praktischen Umsetzung auf regionaler und lokaler Ebene sowie innerhalb der betroffenen Ministerialbürokratien. Angesichts der weit reichenden politischen Ambitionen, die sich mit den neuen Prioritäten der parteistaatlichen Führung unter Hu Jintao verbinden, scheint der Widerstand lokaler Funktionäre und eigenmächtiger Ressortvertreter, die um ihre angestammten Interessen bangen, vorprogrammiert. Der Mangel an demokratischen Checks und Balances macht sich gerade auf der Implementationsebene besonders nachteilig bemerkbar, da der zentralen Führung nur die altherbrachten Instrumente ideologischer Erziehung und parteiinterner Disziplinierung bleiben, um die politische Loyalität ihrer Kader zu erhalten und ihr Verhalten zu kontrollieren. Weitere substanzielle Schritte einer politischen Strukturreform und der Schaffung von Checks und Balances im weitverzweigten parteistaatlichen Verwaltungsapparat zeichnen sich hingegen nicht ab.

Quellen

- Derichs, Claudia/Heberer, Thomas/Sausmikat, Nora (2004), *Why Ideas Matter: Ideen und Diskurse in der Politik Chinas, Japans, und Malaysias*, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde 379, Hamburg: IfA
- Holbig, Heike (in Vorbereitung), „Ideological Reform and Political Legitimacy in China: Challenges in the Post-Jiang Era“, vorgelegt für die Reihe *Working Papers Global and Area Studies*, Hamburg
- Fehér, Ferenc (1982), „Paternalism as a Mode of Legitimation in Soviet-type Societies“, in: Rigby, T.H./Fehér, Ferenc (ed.) (1982), *Political Legitimation in Communist States*, London & Basingstoke: Macmillan Press Ltd., S. 64-81
- Lam, Willy (2005), „China's 11th Five-Year-Plan: A Roadmap for China's Harmonious Society?“, in: *China Brief*, Vol. 5, Issue 22 (October 25)